

Artikel

Gregor Siefer Arbeit und Arbeitslosigkeit unter den Bedin- gungen der modernen Welt

Warum gibt es so viele Arbeitslose, obwohl gegenwärtig keine Phase wirtschaftlicher Rezession herrscht? Was geschieht, wenn die Produktivität bei immer weniger Arbeit immer mehr steigt, und sind auch Dienstleistungen durch neue Technologien in ihrem Arbeitsaufwand ähnlich stark reduzierbar? Welches sind heute die vorwiegenden Gründe für die Entstehung von Arbeitslosigkeit, und welche Folgen hat vor allem lang andauernde Arbeitslosigkeit für die Betroffenen? Was kann schließlich zur Lösung dieser Probleme getan werden? – Diesen und ähnlichen Fragen geht Siefer im folgenden Beitrag nach. red

Eine Vorbemerkung

Der Arbeitsmarkt ist ständig in Bewegung. Eine kaum überschaubare Zahl von Wirkursachen spielt in diesem Prozeß des sozialen Wandels eine Rolle. Ich werde deshalb in dieser kurzen Skizze weitgehend auf genaue Zahlen verzichten, da sie ja nur das Abbild von Momentaufnahmen sein können. Und ich werde mich – vorwiegend – auf die Erfahrungen und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland stützen. Manches – sicher nicht alles (vgl. Noelle-Neumann – Köcher 1987) – läßt sich jedoch zumindest als Trend auch in den anderen industrialisierten Ländern Mitteleuropas und zum Teil auch in den USA und in Japan beobachten.

1. Der Arbeitsgesell- schaft geht die Arbeit aus

Technik konkretisiert sich im zielgerichteten Herstellen bestimmter Produkte – materieller (wie z. B. Automobile) und immaterieller (wie z. B. Sicherheit oder Gesundheit). Den Herstellungsprozeß selbst nennen wir Arbeit. Solange der Arbeitsvorgang ausschließlich oder vorrangig durch menschliche Arbeitskraft bewerkstelligt wurde – technische Werkzeuge also im Grunde „nur“ als Organverlängerung dienten –, war Arbeit als Basis des blanken Überlebens das zentrale, unabdingbare Tun des Menschen. Erst die Arbeitsteilung erlaubt und verlangt eine unterschiedliche Inanspruchnahme der jeweiligen Arbeitsfähigkeit, die aber grundsätzlich Zentraltugend der Arbeitsgesellschaft bleibt. Arbeit wird zum Sinn des Lebens, und in ihr geschieht so etwas wie „Selbstverwirklichung“. Dieses – philosophisch, religiös, pädagogisch und vor allem ökonomisch – ausdifferenzierte System geriet in eine Krise, als – wie Hannah Arendt das schon 1960 erkannte – der Arbeitsgesellschaft die Arbeit auszugehen begann, zumindest jene „Arbeit“, für die eine menschliche Tätigkeit erforderlich ist. Vor allem die Reduzierung

des Begriffs „Arbeit“ auf (meist) fremdbestimmte, außerhäusliche Erwerbstätigkeit wird jetzt in ihrer Fragwürdigkeit deutlich, insofern alle nicht unmittelbar ökonomisch meßbare Tätigkeit (Erziehung, Hausarbeit, Kunst) – also alles, was nicht ins Bruttosozialprodukt eingeht – als „Arbeit“ gar nicht existent ist und von den meisten in diesen Bereichen Tätigen selbst abgewertet wird. Als entscheidende Krise für die Arbeitsgesellschaft wird die Tatsache empfunden, daß die materiellen Produktionsprozesse zunehmend von Maschinen übernommen werden, also die Zahl der Arbeitslosen steigt und/oder die arbeitsfreie Zeit so zunimmt, daß die Arbeitszeit im engeren Sinn allmählich marginal wird.

2. Zum ersten Mal:
viele Arbeitslose
bei steigender
Produktivität

Konjunkturkrisen hat es – aus den unterschiedlichsten Gründen – immer gegeben und damit verbunden auch Phasen der Arbeitslosigkeit. Dies waren bisher jedoch stets auch Zeiten sinkender Produktivität, Phasen materieller Verarmung, ökonomischer Stagnation. Dies ist heute erstmalig anders. Wir erleben zum ersten Mal eine Phase steigender Produktivität (sowohl absolut wie auch vor allem in bezug auf den einzelnen Arbeitsplatz) bei gleichzeitig (relativ) zunehmender Arbeitslosigkeit. Da aber Produktionshöhe (oder gar -steigerung) nur gesichert werden kann, wenn der Geldumlauf funktioniert, d. h. die produzierten Güter auch konsumiert werden, stellt sich ein für unser Bewußtsein völlig neues, schwieriges Problem: Wie kann man (darf, soll, muß man) die im Produktionsprozeß nicht mehr erforderlichen Menschen dennoch mit Geldmitteln versorgen, auf daß ihre Funktion als Konsumenten erhalten bleibt? Wie kann – im wörtlichsten Sinn – un-verdientes Geld gerecht verteilt werden? Ansätze zu derartigen Überlegungen finden sich bereits: Verlängerung der Berechtigungszeit zum Empfang von Arbeitslosengeld (zumindest für ältere Arbeitnehmer), die Modalitäten des „Vorruhestandes“, Erhöhung der Sozialhilfe (die zwar – noch – mit einem Stigma behaftet ist, aber für bestimmte Lohngruppen einiger Branchen das „Arbeiten“ kaum noch lohnend erscheinen läßt), Grundrente für jedermann usw.

3. Gründe für die
Entstehung
von Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit im meßbaren Sinne gibt es erst seit der Entstehung der industriellen Marktwirtschaft, in der der einzelne nicht nur die für sein unmittelbares Überleben notwendigen Dinge produziert, sondern seine Arbeitskraft verkauft. Solange dies System sozialstaatlich ungesichert war (wie es in vielen Teilen der Erde auch heute noch ist), bedeutete Arbeitslosigkeit Hunger und Not. Die Einführung der sozialen Sicherungssysteme im Deutschen Reich des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte zwar das Ziel, diese Notsituationen für den einzelnen zu

mildern, erreicht hat sie es jedoch nur sehr begrenzt. Nach den drei Phasen von Massenarbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert (nach dem Ersten Weltkrieg [1918–1921], in der Weltwirtschaftskrise [1929–1932], nach dem Zweiten Weltkrieg [1945–1951]) ist es zum ersten Mal bei der in den 70er Jahren sich aufbauenden großen Arbeitslosigkeit gelungen, das Auftreten lebensbedrohender Not- und Hungersituationen zu verhindern. Dies war offenbar nur dadurch möglich, daß diese Arbeitslosigkeit erstmals auf der Basis einer relativ stabilen Wirtschaftslage entstanden war. Dies läßt nach den Gründen fragen, wie Arbeitslosigkeit überhaupt entsteht, und darüber hinaus, ob die Arbeitslosigkeit der 70er und 80er Jahre von einer anderen Qualität ist als die Phasen der Massenarbeitslosigkeit zuvor. Da Arbeitslosigkeit immer das Ergebnis vieler Ursachen ist, lassen sich zumindest folgende benennen:

Neue Technologien

Neue Erfindungen haben immer zur „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ geführt, haben aber auch (fast) immer neue geschaffen. *Technologisch* ist es vor allem auf die schnelle und weite Ausbreitung der Mikroelektronik zurückzuführen, daß die Produktivität pro Arbeitsplatz enorm gesteigert werden konnte, daß es jährlich in der BRD nahezu vier Mill. Arbeitsplatzwechsel gibt, daß aber per Saldo der inzwischen auf ca. 2,2 Mill. aufgelaufene „Sockel“ von Arbeitslosen nicht verringert werden konnte. Das entspricht ca. 10% der Erwerbstätigen bei einer regionalen Streuung zwischen 5% (Baden-Württemberg) und 15% (Bremen).

Auslagerung von Produktionen infolge des Konkurrenzdrucks

Ökonomisch hat der weltweite Konkurrenzdruck dazu geführt, daß ein Teil der Produktion in Länder der „Dritten Welt“ ausgelagert wurde (insbesondere Textil- und Elektronikindustrien). Jedoch ist auch die Hochzinspolitik der USA seit Anfang der 80er Jahre Mitursache dafür, daß ein Teil des möglichen Investitionskapitals als Anlagekapital dorthin abfloß, während Auslandsinvestitionen in der BRD (vor allem durch Firmenaufkäufe) nur selten zur Sicherung der hier vorhandenen Arbeitsplätze beitragen haben.

Anstieg der Erwerbsbevölkerung in den 60er Jahren

Demographisch hat das Eintreten der starken Jahrgänge der 60er Jahre in den Arbeitsmarkt zu einem allgemeinen Anstieg der Erwerbsbevölkerung (an der Gesamtbevölkerung) von 43 auf 49% geführt. Das hatte zur Konsequenz, daß die stetige Steigerung der Zahl von Arbeitsplätzen in den 80er Jahren die Prozentzahl der Arbeitslosen dennoch nicht senken konnte. Es gelang – immerhin – trotz erhöhter Nachfrage nach Arbeitsplätzen, die Prozentzahl der Arbeitslosen annähernd zu halten. Hinzu kommt, daß durch die Halbierung der Geburtenjahrgänge zwischen 1967 und 1977 ein inzwischen stark spürbarer

Nachfrageausfall im Inland entstanden ist, den nicht nur die Lehrer zu spüren bekommen. Auch dies führt zwangsläufig zu einer noch weiter gesteigerten Exportorientierung der Gesamtproduktion.

Die *politische* Umorientierung durch die Wahlen 1983 hat die Elemente einer nur auf die Marktsteuerung setzenden Wirtschafts-(und Sozial-)Politik sicherlich verstärkt. Das wird – in Großbritannien noch mehr als in der Bundesrepublik – zu einer systematischen Schwächung der Gewerkschaften ausgenutzt, die ohnehin durch eine Veränderung der Arbeitsstrukturen (weg von der Handarbeit) ihre traditionelle Klientel zu verlieren beginnen.

Es erscheint einsichtig, daß das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit nicht in der Höhe der absoluten Zahl der Arbeitslosen liegt, sondern in der steigenden Zunahmerer, die – aus welchen Gründen auch immer – als „schwer vermittelbar“ gelten (Personen ohne Schulabschluß, Behinderte, Haftentlassene, Personen mit Teilzeitarbeitswünschen etc.). So dürften inzwischen kaum noch ein Drittel der Arbeitslosen „Arbeitslosengeldempfänger“ sein (68% des letzten Bruttolohnes), während die übrigen Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bekommen (dies aber nur, sofern nicht zahlungspflichtige Verwandte oder Partner dafür in Anspruch genommen werden können).

Angesichts der Tatsache, daß eine drastische Senkung der Arbeitslosenzahl in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist – Prognosen sprechen von 2–3 Mill. bis zur Mitte der 90er Jahre –, sucht man zunehmend wenigstens die Zahl der Jugendlichen gering zu halten, die gar nicht erst in den Arbeitsmarkt hineinkommen (deshalb auch gar nicht „arbeitslosengeldberechtigt“ sind und somit sofort „Sozialhilfeempfänger“ werden). Dies kann nur geschehen auf Kosten älterer Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Unabhängig von dem Problem, daß nicht jeder Arbeitsplatz eines 58jährigen unmittelbar durch einen Berufsanfänger besetzt werden kann, stößt diese Praxis schon allein deshalb bald auf eine Grenze, weil damit auf die Dauer die Balance der Rentenversicherung gefährdet wird. Denn diese „Vorruehändler“ sind in der Rentenprognose noch einige Jahre als „Einzahler“, nicht aber als „Empfänger“ geführt. Im Bereich der Stellenvermittlung für Jugendliche hat sich mit dem Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge ins „Lehrlingsalter“ eine gewisse Entspannung abgezeichnet. Unklar bleibt jedoch, ob alle Ausgebildeten dann tatsächlich auf einen Dauerarbeitsplatz übernommen werden (können). Problematisch wird auf die Dauer allerdings die Zahl der arbeitslos bleibenden Jungakademiker. Quantitativ dürf-

Beschränkung auf
Marktsteuerung

4. Die Folgen einer
anhaltenden
Arbeitslosigkeit

„Schwer vermittelbare“
Personen und
Jugendliche als
Sozialhilfeempfänger

Schaden für die individuelle Entwicklung

ten das zwar kaum über 100.000 Personen sein, und prozentual liegt die Akademikerarbeitslosigkeit immer noch unter dem Durchschnitt. Allerdings sollte eine sensible Regierungspolitik darauf achten, daß daraus nicht ein unter Umständen gefährliches Unruhepotential entsteht.

Für die individuelle Entwicklung ist eine länger andauernde Arbeitslosigkeit nachweislich von großem Schaden, sowohl bei jüngeren wie bei älteren Arbeitnehmern. Während eine kurzfristige Arbeitslosigkeit – sozusagen ein etwas in die Länge gezogener Arbeitsplatzwechsel – zum Teil positiv gewertet und etwa für längere Reisen genutzt wird, deuten alle Daten darauf hin, daß eine über zwei Jahre anhaltende Arbeitslosigkeit bei den meisten Arbeitslosen die Persönlichkeitsstruktur zu verändern beginnt. Das gilt sowohl für Einbrüche im Hinblick auf eine rationale Lebensführung (einschließlich eines immer lockereren Umgangs mit den ohnehin knapper werdenden Geldmitteln), das zeigt sich in Kommunikations-schwierigkeiten, Isolationsängsten, führt zu verstärktem Alkoholkonsum und bedeutet auch – zumal, wenn bei Jugendlichen Drogen ins Spiel kommen – Abdriften in die Kriminalität. Man schätzt, daß mindestens 50% der Hausbesetzer-Subkultur zu diesem Personenkreis gehören.

Entsolidarisierung der Gesellschaft

Gelingt es nicht, die Zahl der Arbeitslosen drastisch zu senken, so ist auf die Dauer mit einem sozialen Prozeß zu rechnen, den man als „Entsolidarisierung der Gesellschaft“ bezeichnen kann. Diese Form einer neuen „Klassengesellschaft“, bei der es nicht auf den Besitz von Produktionsmitteln, sondern von Arbeitsplätzen (bzw. anderen sicheren Einkommensquellen) ankommt, dürfte mittelfristig dann doch zu einem brisanten politischen Problem werden.

5. Möglichkeiten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Hier haben sich schon viele Köche versucht, doch keines der vorgeschlagenen und auch ansatzweise versuchten Rezepte hat eine glatte Lösung gebracht.

Beschäftigungsprogramme

Die Auflage sogenannter Beschäftigungsprogramme (nach SPD-Modell) und auch die Einrichtung und neuerdings Erweiterung von „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ (ABM) verbessert zwar die Arbeitslosenstatistik, ist per Saldo jedoch mehr eine Beschäftigungstherapie, als daß sie das Problem wirklich zu lösen vermöchte. Lediglich unter dem Gesichtspunkt, junge Menschen an die Regelmäßigkeit von Tages- und Arbeitsabläufen zu gewöhnen, in ihnen Elemente einer „Arbeitsmoral“ aufzubauen, sind derartige Programme von Bedeutung – allerdings nur, wenn sie anschließend in ein „normales“ Arbeitsleben einmünden können.

Notwendige Umverteilung der Arbeit

Auf die Dauer aber wird man an einer „Umverteilung“ der Arbeit (ob mit oder ohne Lohnausgleich) nicht vorbeikommen.

kommen. Arbeitszeitverkürzung bei entsprechender Lohneinbuße wird politisch kaum durchzusetzen sein, Mischprogramme unter dem Terminus „Flexibilisierung“ werden jedoch bereits ausexperimentiert. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust, wie sie teilweise bereits durchgesetzt wurde, hat immerhin den positiven Effekt, daß Konsumnachfrage wie Steuereinnahmen steigen. Allerdings geraten vor allem Klein- und Mittelbetriebe dadurch in Rentabilitätsengpässe, so daß die in Großbetrieben gewonnenen Arbeitsplätze im Handwerk und im Kleinbetrieb unter Umständen verlorengehen. Langfristig aber wird man um eine wie auch immer organisierte Arbeitszeitverkürzung nicht herumkommen, wobei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur eine unter verschiedenen Varianten wäre (vgl. auch Teilzeitarbeit, Job-sharing, Sabbatjahr etc.).

Veränderung
im Verhalten
der Arbeitslosen:

Ein anderer Ansatz geht weniger von den Veränderungen der Arbeitsstrukturen aus, sondern setzt beim Verhaltensprofil der konkreten Arbeitslosen an (vgl. Noelle-Neumann 1986). Hier kommt es darauf an, die Arbeitslosen selbst stärker zu motivieren, ihre Arbeitssuchpraktiken besser zu stützen. Dazu bedarf es einer genaueren Kenntnis der Verhaltensprofile der Arbeitslosen. Noelle-Neumann unterscheidet dabei vier „Segmente“.

1) Die „potentiell
Selbständigen“

Zunächst nimmt sie aufgrund ihrer empirischen Untersuchungen an, daß etwa 10% der Arbeitslosen potentielle Selbständige sind. Bei ihnen steht nicht der Wunsch nach geregelter Arbeitszeit oder nach einer Arbeit mit wenig Streß im Vordergrund. Sie wünschen sich viel Entscheidungsfreiheit und eine Arbeit, die sie herausfordert. Arbeitslose dieses Typs haben in aller Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, haben an Fortbildung teilgenommen, sind auch mobiler und insgesamt risikobereiter. Bei dieser Gruppe könnte man die zum Teil schon begonnene Praxis der Existenzgründungsdarlehen forcieren oder auch für das erste Jahr der Selbständigkeit die Arbeitslosenunterstützung weiter zahlen.

2) Die „schwer
Vermittelbaren“

Etwa 23% der Arbeitslosen werden zur Gruppe der „schwer Vermittelbaren“ gezählt. Merkmale dieser Gruppe sind ein Mangel an Eigeninitiative hinsichtlich der Arbeitssuche, kein Kontakt (mehr) zum Arbeitsamt, Immobilität und evtl. auch geringe körperliche Belastbarkeit. Besonders stark vertreten ist dieser Typus bei älteren Männern (die schon eher rentenorientiert sind), aber auch bei (oft auch noch alleinstehenden) Frauen mit unmündigen Kindern. Da vor allem bei der letzten Gruppe nur Teilzeitarbeit in Frage kommt, ist die arbeitsmarktpolitische Hilfe hier besonders schwierig.

- 3) Die arbeitsuchenden Arbeitslosen Bessere Aussichten hat dagegen jene etwa 50% umfassende mittlere Gruppe derer, die sich zumindest intensiv selbst um eine Arbeitsstelle bewerben, die auch den Kontakt mit dem Arbeitsamt halten, die eigene Chance relativ positiv einschätzen (ein Wert, der naturgemäß mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich abnimmt).
- 4) Die Arbeitslosen mit zugesagtem Arbeitsplatz Etwa 5% (also rd. 100.000) der Arbeitslosen haben bereits eine feste Zusage. Sie dürften – zumindest zum Teil – zu denjenigen gehören, die den Arbeitsplatzwechsel durch eine dazwischengeschaltete Phase der Arbeitslosigkeit etwas verlängern.
- Förderung des „Gerechtigkeitsgefühls“ Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß mit einer Verbesserung der Vermittlungsorganisation zwar einiges zu erreichen ist, daß aber dennoch ein hohes Maß von Arbeitslosigkeit bleibt. Auch die Appellationen an Unternehmer bewirken nicht sehr viel (allenfalls im Bereich der Lehrstellenangebote), da jeder Unternehmer auf die Stimmigkeit seiner Gesamtkalkulation achten muß. Und Beschäftigungstherapien, wie sie zum Teil im öffentlichen Dienst (trotz Rechnungshof) vorkommen, sind im Grunde ja nur finanzierbar, wenn die „Normal“wirtschaft mit ihrer Steuerleistung solche Praktiken finanzieren hilft. Es wird deshalb letzthin nicht ohne einen erheblichen Bewußtseinswandel aller Beteiligten (nicht nur der „Betroffenen“) abgehen. Es käme also darauf an, den – für die Frühphase des Kapitalismus vielleicht unvermeidbaren – Egoismus durch ein wachsendes Gerechtigkeitsgefühl abzulösen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Arbeitsplätze im eigenen Land wie auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Industrieländern und „Dritter“ Welt. Gelingt das nicht, dürfte das politische Gleichgewicht auch in Mitteleuropa auf die Dauer gefährdet werden, da die bislang noch relativ großzügige Sozialpolitik eine Radikalisierung der von der „Ausgrenzung“ besonders betroffenen Gruppen auf Dauer nicht verhindern können. Konsequenz dieser Bewußtseinsänderung, dieser Wiederentdeckung der Gerechtigkeit ist letzten Endes der Verzicht auf manches, was materiell und technisch möglich wäre. Es kommt also auch hier darauf an, die Richtung des freiheitlichen Handelns „umzukehren“. Freiheit wird in Zukunft, gerade vor dem Hintergrund einer Saturiertheit an den Grundbedürfnissen, das Signum einer Lebensform, deren Freiheitsbewußtsein darin besteht, auf vieles von dem zu verzichten, was man „eigentlich“ tun könnte.
6. Die Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf alle „sinnvollen“ Tätigkeiten Die gegenwärtige Krise in der Beschäftigungslage, die ja vorwiegend technologisch bedingt ist, läßt erkennen, daß der uns vertraute Arbeitsbegriff in eine bestimmte historische Phase eingebunden ist, die offenbar jetzt zu Ende

geht. Er gehört also nicht zum „Wesen des Menschen“. Ein Festhalten an dem, was für uns Tradition ist (zwischen Calvin und Carlyle – „Arbeiten und nicht verzweifeln“ –, also 1650–1850), dürfte zu einem Dauerkrieg zwischen „workaholics“ und „Faulenzern“ führen und könnte auf die Dauer auch innenpolitisch virulent werden („Die Arbeit tun die andern“ – Schelsky). Während es vordergründig einen Schnitt gibt zwischen „Arbeitsplatzbesitzern“ und „Arbeitslosen“, geht es längerfristig um die unterschiedliche Bewertung menschlicher Tätigkeiten überhaupt. Zählt nur efficiency (womöglich auch nur eine Suche nach Selbstwertbestätigung?) oder ist auch das, was das spielende Kind, der betende Mönch, der schreibende Poet tun, etwas wert – ist es gar „Arbeit“? Wir kommen meines Erachtens auf die Dauer um eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf alle „sinnvollen“ menschlichen Tätigkeiten gar nicht herum, seien sie nun bezahlt oder unbezahlt – vielleicht sind manche der angebotenen geradezu unbezahlbar? Ein Blick zurück in die ferne Vergangenheit zeigt, daß es eine positive Wertung der *artes liberales*, der *scholä* (= der Muße) in der Antike ja durchaus gab; nur ist nicht zu vergessen: das war das Privileg der wenigen, der Freien, denen eine hart arbeitende Mehrheit von Unfreien gegenüberstand. Arbeit als zwanglose Tätigkeit für alle – ein Traum, eine Utopie, oder doch eine Chance angesichts neuer technischer Möglichkeiten?

Literaturhinweise

H. Arendt, *Vita activa oder vom tätigen Leben*, Stuttgart 1960; H. Bennekke, *Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus. Die Lehre von Weimar, München/Wien 1968*; *Bensberger Kreis*, *Krise der Erwerbsgesellschaft*, Memorandum 1987; F. Fütterer, *Der Streit um die Arbeit*, Stuttgart 1984; W. Glatzer und W. Zapf, *Lebensqualität in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1984; K. Heinemann, *Arbeitslose Jugendliche. Ursachen und individuelle Bewältigung eines sozialen Problems*, Darmstadt und Neuwied 1978; K. Heinemann – P. Röhrig – R. Stadie, *Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle*, 2 Bde., Melle 1980; M. Hermanns, *Jugendarbeitslosigkeit*, Köln 1983; C. Graf Hohenthal, *Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit*, in: FAZ v. 15. 8. 87 (Nr. 187/87); M. Jehoda – P. F. Lazarsfeld – H. Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Allensbach/Bonn 1960 (1. Aufl. 1933); J. Matthes (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg*, Frankfurt a. M. und New York 1983; E. Noelle-Neumann und R. Köcher, *Die verletzte Nation*, Stuttgart 1987; E. Noelle-Neumann, *Die Arbeitslosigkeit und das Lebensgefühl*, in: *Die Welt* v. 28. 10. 86 (Nr. 251), 29. 10. 86 (Nr. 252) und vom 30. 10. 86 (Nr. 253); E. Reuter, *Die Chance der Vernunft. Über die Herausforderung moderner Technik*, in: *Die Zeit* v. 11. 4. 86 (Nr. 18/86); H. Schelsky (Hg.), *Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend*, 2 Bde., Köln 1952; H. Schelsky, *Die Arbeit tun die andern*, Opladen 1975; W. Siebel, *Der Mythos der Schattenwirtschaft. Nur wer Arbeit hat, ist auch erfolgreich in Schwarzarbeit und Selbsthilfe*, in: *Die Zeit* v. 25. 4. 86 (Nr. 18/86); K. D. Thomann, *Die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit*, in: Wacker (s. u.), S. 194–240; A. Wacker (Hg.), *Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit*, Frankfurt a. M. und New York 1978; P. Windolf, *Die neue Arbeitslosigkeit und die Grenzen der Sozialpolitik*, in: *Soziale Welt* 33 (1982) 3/4, S. 365–399.